

Unterrichtung

Hannover, den 05. März 2026

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2023

Finanzämter: Landesweit 153 Millionen Euro zu wenig Gewerbesteuer für die Gemeinden

Beschluss des Landtages vom 11.09.2025 - Drs. 19/8377 Nr. 12 - nachfolgend abgedruckt:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen bedauert, dass digitale Unzulänglichkeiten und Bearbeitungsfehler der Finanzämter bei Anwendung der erweiterten Kürzung bei Grundstücksunternehmen dazu führten, dass den Gemeinden Gewerbesteuern in Millionenhöhe entgangen sind.

Der Ausschuss begrüßt die Bereitschaft der Landesregierung, die aufgezeigten Mängel zeitnah zu beheben, den Empfehlungen des Landesrechnungshofs zu folgen und sich insbesondere dafür einzusetzen, digitale Prüfhinweise zur Aussteuerung prüfungswürdiger Fälle zielgerichtet einzuführen oder anzupassen.

Der Ausschuss begrüßt außerdem die Absicht der Landesregierung, eine Checkliste zur Prüfung der erweiterten Grundstückskürzung einzuführen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innen- und Außendienstes der Finanzämter durch geeignete Maßnahmen hierzu zu schulen.

Der Ausschuss fordert die Landesregierung auf, bis zum 31.03.2026 über das Veranlasste und den Sachstand zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 02.03.2026

Das Landesamt für Steuern Niedersachsen hat den Finanzämtern mit Verfügung vom 12.12.2025 zu deren Unterstützung in Fällen der erweiterten Kürzung bei Grundstücksunternehmen (§ 9 Nr. 1 Satz 2 bis 6 Gewerbesteuergesetz) eine Checkliste sowie einen entsprechenden Fragebogen, welcher im Rahmen der (Erst-)Veranlagung an die Steuerpflichtigen übersandt werden soll, zur Verfügung gestellt.

Weiterhin ist zwischenzeitlich eine Schulung der Sachgebietsleiter/-innen des Innendienstes als Multiplikatoren im Rahmen der Erfahrungsaustausche mit den Körperschaftsteuer-Sachgebietsleitungen am 28./29.10.2025 erfolgt. Ebenso wurden die Sachgebietsleitungen der Amtsbetriebsprüfungen sowie der Großbetriebsprüfungen im Rahmen der jeweiligen Fachbesprechungen für die Prüfung von Fällen der erweiterten Kürzung bei Grundstücksunternehmen sensibilisiert.

(Verteilt am 05.03.2026)